B e k a n n t m a c h u n g

Beitragssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Fröndenberg vom 15.12.1992

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08.1984 (GV NW S. 475/SGV NW 2023) und des § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV NW S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.11.1984 (GV NW S. 663) sowie des § 15 der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluß an die öffentliche Abwasseranlage - Entwässerungssatzung - hat der Rat der Stadt Fröndenberg am 10.12.1992 folgende Beitragssatzung beschlossen:

§ 1 Anschlußbeitrag

Die Stadt Fröndenberg erhebt zum Ersatz ihres Aufwandes für die Herstellung und Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlagen einen Anschlußbeitrag.

§ 2 Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der Beitragspflicht unterliegen Grundstücke, die an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen werden können und
- a) für die eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, sobald sie bebaut oder gewerblich genutzt werden können,
 - b) für die eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Stadt zur Bebauung anstehen.
- (2) Wird oder ist ein Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es der Beitragspflicht auch dann, wenn die Voraussetzungen des Abs. 1 nicht vorliegen.

§ 3 Beitragsmaßstab

- (1) Maßstab für den Anschlußbeitrag ist die Grundstücksfläche. Diese wird entsprechend der Ausnutzbarkeit der Grundstücke mit einem Vohundertsatz angesetzt. Er beträgt im einzelnen:

1. bei eingeschossiger Bebaubarkeit	100 v.H.
2. bei zweigeschossiger Bebaubarkeit	125 v.H.
3. bei dreigeschossiger Bebaubarkeit	150 v.H.
4. bei vier- und fünfgeschossiger Bebaubarkeit	175 v.H.
5. bei sechs- und mehrgeschossiger Bebaubarkeit	200 v.H.

Bei Grundstücken in beplanten Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten werden die sich nach Absatz 1 Ziff. 1 - 5 ergebenden Vomhundertsätze um 50 Prozentpunkte erhöht.

Bei Grundstücken in unbeplanten Gebieten tritt die Erhöhung dann ein, wenn das Grundstück tatsächlich überwiegend gewerblich oder industriell genutzt wird.

- (2) Als Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt die in den baurechtlichen Plänen festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse.

In Gebieten, in denen nur Baumassenzahlen festgesetzt sind, gilt als Geschosßzahl die Baumassenzahl, geteilt durch 2,8, wobei Bruchzahlen auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet werden.

In unbeplanten Gebieten und Gebieten, für die ein bestehender Plan weder die Geschosßzahl noch Grundflächen- und Baumassenzahl ausweist, ist

- a) bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen
 - b) bei unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken die Zahl der in der Nachbarschaft überwiegend vorhandenen
- Geschosse maßgebend.

Ist eine Geschosßzahl wegen der Besonderheit eines Bauwerkes nicht feststellbar, werden je angefangene 2,8 m Höhe eines Bauwerkes als Vollgeschoß angerechnet.

Grundstücke, auf denen nur Garagen oder Stellplätze gebaut werden dürfen, gelten als eingeschossig bebaubare Grundstücke.

Grundstücke, die nicht baulich oder gewerblich genutzt sind und auch nicht baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen, werden mit 0,5 der Grundstücksflächen angesetzt.

- (3) Als Grundstück im Sinne des Abs. 1 gilt:
1. bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplanes die tatsächliche Grundstücksfläche mit Ausnahme solcher Teile, für die eine andere als bauliche, gewerbliche oder industrielle Nutzung festgesetzt ist.
 2. Wenn ein Bebauungsplan nicht vorliegt
 - a) die tatsächliche Grundstücksfläche, höchstens jedoch die Fläche zwischen der der Kanaltrasse zugekehrten Grundstücksseite und einer im Abstand von 50 m dazu verlaufenden Parallele,
 - b) bei Grundstücken, die nicht an die Straße angrenzen, in der der öffentliche Abwasserkanal liegt oder lediglich durch einen dem Grundstück dienenden Weg mit dieser verbunden sind, die Fläche von der zu der Straße liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von höchstens 50 m; Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zum Grundstück herstellen, bleiben unberücksichtigt,

- c) bei Grundstücken, die so genutzt werden, wie es gemäß der Baunutzungsverordnung nur in Kern-, Gewerbe- oder Industriegebieten zulässig ist, die tatsächliche Grundstücksfläche.

§ 4 Beitragsatz

- (1) Der Anschlußbeitrag beträgt je qm der nach § 3 ermittelten Grundstücksfläche 6,10 DM.
- (2) Wird von Grundstücken vor Einleitung der Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage eine Vorklärung oder sonstige Vorbehandlung der Abwässer auf dem Grundstück verlangt oder darf nur Regenwasser oder nur Schmutzwasser in die öffentliche Anlage eingeleitet werden (Teilanschluß), ermäßigt sich der Anschlußbeitrag um die Hälfte. Dies gilt nicht für Grundstücke, bei denen die Vorklärung oder Vorbehandlung lediglich bewirkt, daß die Abwässer dem durchschnittlichen Verschmutzungsgrad und der üblichen Verschmutzungsart der eingeleiteten Abwässer entsprechen. Entfällt aufgrund einer Änderung der öffentlichen Anlage die Notwendigkeit der Vorklärung (Vollanschluß), so ist der Restbetrag bis zur Höhe des vollen Anschlußbeitrages nachzuzahlen.

§ 5 Entstehung der Beitragspflicht

- (1) Die Beitragspflicht entsteht, sobald das Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage mittelbar oder unmittelbar angeschlossen werden kann.
- (2) Die Beitragspflicht entsteht im Falle des § 4 Abs. 2 für den Restbetrag, sobald das Grundstück mit dem Vollanschluß an die öffentliche Anlage angeschlossen werden kann.

§ 6 Beitragspflichtige

- (1) Beitragspflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer des Grundstückes ist. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so ist an Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte beitragspflichtig.
- (2) Mehrere Beitragspflichtige sind Gesamtschuldner.
- (3) Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil beitragspflichtig.

§ 7

Fälligkeit der Beitragsschuld

Der Anschlußbeitrag wird einen Monat nach der Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.1993 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Beitragssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Fröndenberg vom 10.12.1990 außer Kraft.